

Bericht

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 21.11.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Abschlussbericht zur Empfehlung der BVV, Ds-Nr. 2545/VIII aus der 5. BVV vom 10.02.2022, Wohnen hat Vorfahrt

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Der Empfehlung wurde gefolgt.

Die Bezirksstadträtin für Soziales und Bürgerdienste hat sich mehrfach an die zuständige Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung mit Vorschlägen gewandt und sich im Sinne der Empfehlung um die Prüfung von Maßnahmen für ein selbstbestimmtes und sicheres Wohnen gebeten. In seinem Antwortschreiben vom 12.08.2024 unterstrich die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung ihr erklärtes Ziel des Ausbaus des Geschützten Marksegmentes (GMS) auf 2.500 Wohnungen jährlich und sicherte zu, den Bezirk gemeinsam mit dem Fachreferat für Wohnungsnotfallhilfe bei der Erprobung einer bezirklichen Akquisestelle für das GMS zu unterstützen.

Das Amt für Soziales ist bezüglich des Ausbaus von Housing First seit geraumer Zeit im Austausch mit der Senatsverwaltung, die bestrebt ist, „bezirkliche Modellprojekte im Rahmen der Überführung in die Regelversorgung der §§ 67 ff. SGB XII zu etablieren, [...] aber hinsichtlich der möglichen Finanzierungssystematik [kann diese] och keinen neuen Sachstand geben.“

Seitens des Bezirksamtes trägt die seit 2020/2021 bestehende Kooperationsvereinbarung mit dem Jobcenter Marzahn-Hellersdorf durch ein speziell eingerichtetes „Mietschuldenteam“ und eine Fachspezialisierung in der zuständigen Fachabteilung des Amtes für Soziales erfolgreich dazu bei, den zeitlichen Ablauf von Antragsverfahren erheblich zu verkürzen. Weiterhin ist die Senatsverwaltung bestrebt, im Bereich der Mietschuldenübernahmen mit den bezirklichen Fachstellen und Jobcentern Verbesserungen zu erarbeiten.

Der Bezirk hat in Hinblick auf die Verbesserung der Sozialberatung in ASOG-Unterkünften im EU-REACT-finanzierten Beratungsprojekt teilgenommen, deren Erkenntnisse sollen in die weitere Ausgestaltung der gesamtstädtischen Steuerung der

Unterbringung einfließen.

Auf bezirkliche Hilfsangebote und Beratungsangebote werden Betroffene durch die Mitarbeitenden der Sozialen Wohnhilfe, in den Unterkünften und weiteren Beratungsstellen hingewiesen.

Nadja Zivkovic
Bezirksbürgermeisterin

Juliane Witt
Bezirksstadträtin für Soziales und
Bürgerdienste